



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE FAKULTÄT



Reinhard Spree:

Concerns about globalisation - then and now

Munich Discussion Paper No. 2003-4

Department of Economics
University of Munich

Volkswirtschaftliche Fakultät
Ludwig-Maximilians-Universität München

Online at <http://epub.ub.uni-muenchen.de/44/>

Concerns about globalisation – then and now

by
Reinhard Spree

Abstract

In this paper the term ‘globalisation’ means the international integration of nationally organised markets in conjunction with increasing cross-country flows of factors of production. According to this globalisation has been under way for centuries. Globalisation is not a completely autonomous, not even a solely market driven process. Historically, it is for the most part determined by decisions of nation states.

In times of globalisation speeding up, typically social and political debates start about the driving forces, extent and impact of globalisation. Already two centuries ago, globalisation has been discussed in a similar way as today. Initially, there is a debate about the organisation of the foreign trade regime. Because change of social and economic structures is an integral part of globalisation, the debate about the impact of structural change is constituent in globalisation discourses. Winners and losers of the structural change try to improve their social position through foreign trade policy. These two levels of globalisation discourses are usually distorted by the argument that globalisation and the induced change of societal structures provoke adverse effects on the prevailing system of values. Because of this the globalisation discourse becomes a matter of emotion and disproportionately complex.

The paper demonstrates the three levels of a typical globalisation discourse by using three examples. First, the actual globalisation discourse will be discussed. Second, in Germany at the beginning of the 20th century globalisation has been hotly debated under the heading “agrarian versus industrial state”. Third, the typical globalisation discourse can also be outlined by the dispute about the reform policy in Prussia in the early 19th century.

JEL classification: B15, F13, N40, Z13

Correspondence Address :

Reinhard Spree

Seminar für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Volkswirtschaftliche Fakultät/ Department of Economics

Universität München

Ludwigstr. 33, D-80539 München

FAX: 0049-89-2180-3168

e-mail: r.spree@swg.vwl.uni-muenchen.de

Globalisierungängste - gestern und heute

Globalisierung sei hier verstanden als internationale Integration nationalstaatlich organisierter Märkte bei gleichzeitiger starker Zunahme der Mobilität der Produktionsfaktoren über nationale Grenzen hinweg. Im Mittelpunkt steht die zunehmende Internationalisierung des Handels, der Produkt-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte. Dieser Prozeß wird durch neue Technologien im Kommunikations-, Informations- und Transportwesen sowie neue Organisationsformen der betrieblichen Produktionsprozesse vorangetrieben.¹ In diesem Sinne ist Globalisierung der Tendenz nach seit Jahrhunderten auf dem Weg. Sie ist kein völlig autonomer, etwa ausschließlich, ja nicht einmal primär marktgetriebener Prozeß. Vielmehr wurde sie historisch gestaltet, gelegentlich beschleunigt, dann wieder zurückgeworfen durch umfassende Veränderungen der internationalen Beziehungen. Insofern wurde der Globalisierungsprozeß stets durch nationalstaatliche Aktivitäten und Entscheidungen mitbestimmt.²

Globalisierung wird hier als wellenförmig auftretender Prozeß begriffen, der bis heute keineswegs abgeschlossen ist. Um das Prozeßhafte des Konzepts historisch fruchtbar zu machen, sollte Globalisierung deshalb nicht abhängig gemacht werden von einem Resultat (z. B. Einschluß von x % der Weltbevölkerung in einen schrankenlosen Markt oder Anzahl der multinational operierenden Unternehmen und deren Anteil am Welt-Sozialprodukt). Vielmehr bezeichnet es den Wegfall von Grenzen, von Mobilitäts- und Transaktionshemmnissen, die zunehmende Marktintegration. Darum erscheint es auch wenig hilfreich, Globalisierung von Internationalisierung abgrenzen zu wollen.³

¹ Stellvertretend für unzählige Definitionsversuche in der kaum noch überschaubaren neueren Globalisierungsliteratur sei verwiesen auf die Erläuterungen in der lehrbuchartigen Darstellung von Müller, S., u. Kornmeier, M.: Streitfall Globalisierung. München u. Wien 2001, S. 24-36. Vgl. auch die mit historischer Erfahrung gesättigten Erläuterungen des Gegenstands bei Fischer, W.: Auswirkungen der Globalisierung auf wirtschaftliche und soziale Institutionen in Europa. In: Gömmel, R., u. Denzel, M. A. (Hg.): Weltwirtschaft und Wirtschaftsordnung. Fs. für Jürgen Schneider zum 65. Geburtstag. Stuttgart 2002, bes. S. 357ff.; Tilly, R.: Globalisierung in historischer Perspektive und das Lernen aus der Geschichte. Köln 1999, S. 9ff. (Kölner Vorträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, H. 41).

² Vgl. z. B. Clark, J.: Globalization and Fragmentation. International Relations in the Twentieth Century. Oxford 1997, S. 31 u. 195.

³ Vgl. etwa Müller/ Kornmeier: Streitfall Globalisierung, S. 24-26.

Der säkularen Globalisierungstendenz entspricht die Tendenz zur Fragmentierung als ständig wirksame Gegenbewegung.⁴ Sie kann zeitweise auf der Makroebene stärker zurücktreten und sich primär auf lokaler oder Mikroebene äußern, wie z. B. derzeit; das wird als Globalisierungsschub wahrgenommen. Die Fragmentierung kann sich jedoch auch auf der Makroebene verstärken und damit die Globalisierung wieder zurückdrängen, wie z. B. weltweit von 1879 bis 1945.

Wird Globalisierung als Tendenz stärker spürbar, setzen typischerweise gesellschaftlich-politische Debatten über ihr Ausmaß, ihre Antriebskräfte und ihre Wirkungen ein. In solchen Globalisierungs-Diskursen wird das Verhältnis der Nationalwirtschaft zum "Rest der Welt" thematisiert. Diese Diskurse intensivieren sich in gesellschaftlichen Krisenphasen: regelmäßig stehen dann grundsätzliche Fragen der Gesellschaftsgestaltung und die Gültigkeit der bisher leitenden Werte zur Diskussion, nicht nur - wie es oft zunächst scheint - Fragen der Außenhandelspolitik.

Im Folgenden soll die Struktur der Globalisierungs-Diskurse im Zusammenhang mit Globalisierungsschüben während der letzten zwei Jahrhunderte anhand von Beispielen vor allem aus Deutschland analysiert werden. Ausgehend vom aktuellen Diskurs wird anschließend die analoge Struktur des Globalisierungs-Diskurses um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert dargestellt, um schließlich zu zeigen, daß auch schon die Preußischen Reformen des frühen 19. Jahrhunderts als Globalisierungsschub begriffen werden können, der einen entsprechenden Diskurs mit vergleichbaren Argumentationsmustern auslöste.

Die aktuelle Debatte

Daß wir uns weltweit seit ca. 10 Jahren in einem besonders heftig geführten Globalisierungsdiskurs befinden, ist unübersehbar. So trat beispielsweise die globalisierungsfeindliche Aktionsgruppe *Peoples' Global Action* bei der Konferenz der *Welthandelsorganisation (WTO)* in Seattle im Herbst 1999 mit dem Kampfruf an "The WTO kills people. Kill the WTO".⁵ Buchtitel wie "Die 10 Globalisierungslügen"⁶, "Die Globalisierungsfalle"⁷ oder "Die Machtwirt-

⁴ Vgl. Teusch, U.: Zwischen Globalisierung und Fragmentierung: Theoriedebatten in den "Internationalen Beziehungen". In: Neue Politische Literatur, 44 (1999), S. 402-425.

⁵ Economist v. 2.12.1999, Special: The battle in Seattle.

⁶ Boxberger, G., u. Klimenta, H.: Die 10 Globalisierungslügen. Alternativen zur Allmacht des Marktes. Frankfurt/M. 1998.

schaft. Ist die Demokratie noch zu retten?"⁸ bringen die hochgepeitschten Emotionen zum Ausdruck, mit denen die Debatte schon Ende des 20. Jahrhunderts geführt wurde.⁹ Auch im 21. Jahrhundert hat die Heftigkeit kaum abgenommen, wie eine Überschrift in der von der *Süddeutschen Zeitung* im Spätsommer 2001 publizierten Artikelfolge "Die Globalisierung und ihre Kritiker" zeigt: "Die Wut wächst".¹⁰ Die Breite des Diskurses, den Grad der Anteilnahme in der Bevölkerung, spiegelt nicht nur ein solches Diskussionsforum, wie es die *Süddeutsche Zeitung* bot, sondern noch mehr die Flut von Publikationen zum Thema. Die Zahl der einschlägigen Aufsatz-Veröffentlichungen und Zeitschriften- bzw. Zeitungsartikel dürfte in die Tausende gehen. Allein der Online-Katalog des Bayerischen Bibliotheksverbunds weist 877 Veröffentlichungen in Buchform aus, die den Begriff "Globalisierung" im Titel führen. Ab dem Erscheinungsjahr 2000 waren es immer noch 402 Titel. Allerdings scheint das Interesse neuerdings etwas nachzulassen, denn im Jahre 2002 kamen "nur" 113 Globalisierungstitel hinzu. Für eine gewisse Beruhigung des Diskurses und die Hinwendung zu anderen Themen (Terrorismus; Nahost-Krieg) spricht ebenfalls, daß im Jahre 2002 die Zahl der zuvor oft gewaltsamen, teilweise Hunderttausende von Globalisierungsgegnern aus aller Welt vereinigenden Demonstrationen gegen Politikertreffen, auf denen im weitesten Sinne Globalisierungsthemen verhandelt wurden, deutlich zurückgegangen ist.

Die mit extrem vereinfachenden, emotionalisierten Parolen auf die Spitze getriebene Auseinandersetzung um die Globalisierung in der Gegenwart bezieht sich vordergründig auf die Außenhandelspolitik. Wie schon in früheren Globalisierungs-Diskursen geht es zunächst um Handelsregulierungen, z. B. Zollschutz, Kontingentierungen oder Subventionen, versus Abbau derartiger Regulierungen bzw. Freihandel.¹¹ Die heftigen Reaktionen der Globalisie-

⁷ Martin, H.-P., u. Schumann, H.: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Reinbek 1996.

⁸ Nürnberger, C.: Die Machtwirtschaft. Ist die Demokratie noch zu retten? München 1999.

⁹ Sehr aufschlußreich in dieser Hinsicht auch die zahlreichen Rezensionen von Lesern der Globalisierungs-Bücher, die der Online-Buchhändler *Amazon* ins Netz gestellt hat. So kommentierte z. B. ein Leser das Buch "Logik der Globalisierung" von C. C. von Weizsäcker unter der Überschrift "Die Wirkungsweise der Globalisierung brillant erklärt" (T. Dieter v. 18. 8. 1999), während ein anderer dasselbe Buch als "Intellektueller Dünnschiß zum Ramschpreis" (M. Kraus v. 9. 12. 2000) titulierte.

¹⁰ Süddeutsche Zeitung v. 1. 9. 2001: "Die Wut wächst. Trotz nie gekanntes Wohlstandes eskaliert der Protest gegen die weltweite Expansion der Marktwirtschaft".

¹¹ Vgl. einen knappen Überblick über Probleme durch die Globalisierung bei Rauscher, M.: Internationale Koordination und Subsidiarität. In: ifo Schnelldienst, 55 (2002), H. 24, S. 7-10. Ausführlich abgehandelt werden die wichtigsten Themen (Probleme) in Deutscher Bundestag (Hg.): Globalisierung der Weltwirtschaft. Schlußbericht der Enquête-Kommission. Opladen 2002.

rungsgegner richteten sich während der letzten Jahre vor allem gegen den in Aussicht genommenen weiteren Abbau von Handelshemmnissen, für den als Symbol die *WTO* steht. Sie wird von den unterschiedlichsten Gruppen attackiert, z. B. von Gewerkschaften, Dritte-Welt-Anwälten, Ökologie-Anhängern und Verbraucherschutz-Verbänden, deren Einigungsformel darin besteht, daß Freihandel = Globalisierung die Industriestaaten, vor allem aber die großen und multinationalen Unternehmen fördern würde - zu Lasten von Arbeitsplätzen, des Sozialstaats, der Entwicklungschancen von Dritte-Welt-Ländern, der Umwelt und der Nahrungsmittel-Qualität bzw. der Gesundheit der Verbraucher. Als kleinster gemeinsamer Nenner zeichnete sich jedoch während der letzten 2 Jahre mehr und mehr ein relativ kruder Anti-Kapitalismus ab, der Extreme wie die hochspezialisierte, professionell auf einen Erlaß der Schulden von Entwicklungsländern hinarbeitende Organisation *Drop the Debt* oder das vor allem eine Tobin-Steuer und die "Entwaffnung der Finanzmärkte"¹² fordernde internationale Netzwerk *Attac* bei konkreten Protestaktionen mit Chaoten und "berufsmäßigen" Streetfightern zu verbinden scheint.

Im Kampf gegen die *WTO*, G7-Treffen oder andere Konferenzen, die Welthandels- und Weltfinanzprobleme zum Thema haben, vereinigen sich traditionelle Merkantilisten, besonders die Gewerkschafter, mit neuen Gegnern einer allzu freien Marktwirtschaft. Daß die *WTO* im Grunde sehr schwach ist und alle einschlägigen Konferenzen der letzten Jahre kaum Fortschritte brachten, spielt keine Rolle. Die meisten Regierungen auf der Erde, so meint der *Economist*, handelten sowieso nach merkantilistischen Maximen.¹³ Sie würden einheimische Märkte nur bei Gegenleistungen öffnen, so daß einzig multilaterale Liberalisierungsabkommen denkbar erscheinen, nicht jedoch echter Freihandel. "Obwohl sich viele Länder (verbal) dem Prinzip des Freihandels verpflichtet haben, liefert die Realität Beispiele zuhauf für gegenteilige Tendenzen."¹⁴ Die USA und die EU können geradezu als Speerspitze einer solchen sich maskierenden merkantilistischen Außenhandelspolitik gelten.¹⁵ Daß die weitgehend erfolglose *WTO* oder in letzter Zeit noch mehr der Internationale Währungsfonds und die Weltbank sich dennoch so gut zum Gegner in den aktuellen Globalisierungs-Diskursen eignen,

¹² Vgl. "Attac - das ist es!", in: Süddeutsche Zeitung v. 12. 12. 2001, S. 47.

¹³ *Economist*, v. 2. 12. 1999, Special: The battle in Seattle.

¹⁴ Dazu ausführlich mit vielen konkreten Beispielen Müller/ Kornmeier: Streitfall Globalisierung, S. 93-122, Zitat S. 100. Vgl. dort auch die empirisch ermittelten Protektionismus-Cluster S. 114-121.

¹⁵ Vgl. als Beispiel, dem viele hinzugefügt werden könnten: Importquoten und Schutzzölle: Droht ein Handelskrieg zwischen der EU und den USA? In: ifo Schnelldienst, 55 (2002), 10, S. 3-13.

liegt daran, daß es hier um eine zusätzliche, tiefer liegende Auseinandersetzung geht. Umkämpft ist weniger ein neues Außenhandels-Regime, sondern das Ausmaß der zunehmend weniger vermeidbaren Anpassungserfordernisse an ein schon vor Jahrzehnten institutionalisiertes, jetzt aber erst, wie es scheint, mehr und mehr seinen Charakter enthüllendes und ungeahnte Wirkungen zeitigendes marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem.

Das gilt besonders deutlich für Europa, und hier nicht zuletzt für Deutschland. Der *iwd* meldet: "In Deutschland tut man sich besonders schwer mit der Akzeptanz der Globalisierung. Schon das Wort ist nach einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie einer Mehrheit der Bevölkerung eher unsympatisch. Nur Begriffe wie Kapitalismus, Rationalisierung, Planwirtschaft und Klassenkampf wecken noch größere Antipathie."¹⁶ Es ist vor allem die Angst vor grundlegenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft und vor den dadurch notwendig werdenden Anpassungsleistungen. Oskar Lafontaine und Christa Müller meinten deshalb, ihr im Wahlkampf 1998 veröffentlichtes Buch überschreiben zu sollen mit "Keine Angst vor der Globalisierung."¹⁷ Auch Müller und Kornmeier haben in ihre um Sachlichkeit bemühte Abhandlung des "Streitfalls Globalisierung" ein ganzes Kapitel "Alte und neue Ängste" aufgenommen.¹⁸ Und ein großer Teil der populären Globalisierungsliteratur schürt vor allem Ängste vor gesellschaftlicher Veränderung, Verlust von Sicherheiten, Absturz in die Armut und Vernichtung demokratischer Mitwirkungs- und Kontrollrechte.

Auch Kritiker der Globalisierung räumen meist ein, daß diese Deutschland während der letzten Jahrzehnte Vorteile gebracht habe. Allerdings sei es zu einer Umverteilung zu Gunsten der Kapitalbesitzer und zu Lasten derjenigen gekommen, "die nicht mehr als ihre Arbeitskraft besitzen".¹⁹ Das sei bedenklich, "denn der freie Kapitalverkehr ermöglicht es den Kapitalbesitzern, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften zu erpressen, indem sie mit Abwanderung drohen. Dadurch kommt es zu einer scheinbaren Machtverschiebung zwischen Kapital und Arbeit." Dem müsse mit einer "auf Wachstum und Beschäftigung im Innern" ausgerichteten Wirtschaftspolitik sowie mit internationalen Vereinbarungen gegen "einen Kostensenkungswettbewerb mittels Lohn-, Umwelt- und Sozialdumpings" begegnet werden.²⁰ Von Lafontaine/

¹⁶ Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 26 (2000) v. 6. 1. 2000, S.2.

¹⁷ Lafontaine, O., u. Müller, C.: Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle. Bonn 1998.

¹⁸ Vgl. Müller/ Kornmeier: Streitfall Globalisierung, S. 41-88.

¹⁹ Lafontaine/ Müller: Keine Angst, S. 50. In diesem Sinne kürzlich auch Sinn, H. W.: Globalisierung. In: ifo Schnelldienst, 55 (2002), H. 24, S. 5f.

²⁰ Lafontaine/ Müller: Keine Angst, S. 50 f.

Müller und vielen anderen Stimmen in der aktuellen Debatte werden zur Abwehr der drohenden negativen Entwicklungen europaweite Maßnahmen gefordert: Wettbewerbsförderung durch raschen Subventionsabbau, Steuerharmonisierung, ein Wachstums- und Beschäftigungspakt sowie soziale Mindeststandards.²¹ Nicht gefordert wird allerdings, und da stehen Lafontaine/ Müller in einer Reihe mit den meisten Globalisierungsgegnern, der Abbau von Markttrigiditäten und der sie bewirkenden Regulierungen, vor allem auch auf den Arbeitsmärkten, die ja von neoliberaler wie von neokeynesianischer Seite als Ursache der mangelnden Anpassungsfähigkeit Europas, speziell Deutschlands, an die Herausforderungen der Globalisierung analysiert werden.²² Vielmehr wird Deregulierung pauschal gelegentlich sogar als "Widersinn mit Methode"²³ bezeichnet. Und vor allem gewerkschaftsnahe Sozialwissenschaftler versuchen empirisch nachzuweisen, daß Deregulierung am Arbeitsmarkt keinerlei positive Beschäftigungswirkungen zeitige - obwohl bei den untersuchten Beispielen (u. a. befristete Arbeitsverträge, Arbeitsvermittlung, Ladenschluß, Sonntagsarbeit) auf der Hand liegt, daß entsprechende Maßnahmen noch gar nicht wirksam ergriffen worden sind oder ihre Wirkung aufgrund zu kurzer Laufzeit noch nicht entfalten konnten.²⁴ Etwas vorsichtiger, aber in dieselbe Richtung argumentiert auch die Enquête-Kommission des Bundestages.²⁵

Die hier nur angedeuteten Argumentationslinien lassen erkennen, daß dieser zweite, tiefer liegende Globalisierungs-Diskurs nicht primär und über weite Strecken überhaupt nicht das Außenhandels-Regime betrifft, sondern die längerfristigen Veränderungen wirtschaftlicher und sozialer Strukturen. Globalisierung wird als Motor eines beschleunigten Strukturwandels erkannt. Die Frontlinie in diesem Diskurs verläuft zwischen Gruppen, die die gegebenen Strukturen erhalten, und denen, die den Wandel wünschen oder zumindest nicht hemmen wollen bzw. von der Behinderung des Wandels erhebliche negative wirtschaftliche Folgen erwarten, da sich in diesem Fall die positiven Auswirkungen der Globalisierung nicht nutzen und

²¹ Vgl. Lafontaine/ Müller: Keine Angst, S. 92-109.

²² Vgl. z. B. die detaillierten und begründeten, alternativen Konzepte zur Belebung des deutschen Arbeitsmarktes Sinn, H.-W., u. a.: Aktivierende Sozialhilfe. Ein Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum. In: ifo Schnelldienst, 55 (2002), 9, Sonderausgabe; Sinn, H.-W.: Die rote Laterne. Die Gründe für Deutschlands Wachstumsschwäche und die notwendigen Reformen. In: ifo Schnelldienst, 55 (2002), 23, Sonderausgabe; Franz, W.: Für mehr Beschäftigung: Was jetzt zu tun ist. In: ZEW news, extra, v. Sept. 2002; oder: Bessere Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung. Sieben Bausteine für eine moderne Arbeitsmarktpolitik. In: IZA Compact, Sonderausgabe, November 2002.

²³ Martin/ Schumann: Die Globalisierungsfalle, S. 185.

²⁴ Vgl. Keller, B., u. Seifert, H. (Hg.): Deregulierung am Arbeitsmarkt. Eine empirische Zwischenbilanz. Hamburg 1998.

²⁵ Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.): Globalisierung der Weltwirtschaft, S. 219-222.

die negativen nicht vermeiden lassen. Eine sozusagen zwischen diesen Fronten vermittelnde Position hält den Strukturwandel für unausweichlich, will ihn aber soweit wie möglich steuern und insbesondere sozial verträglich gestalten. Für die den Strukturwandel bejahende und die Anpassungserfordernisse, aber auch die zu erwartenden Gewinne der Globalisierung positiv formulierende Position stehen die meisten Volkswirte.²⁶ Im wesentlichen an den existierenden Strukturen festhalten und den Wandel möglichst bremsen wollen bisher im öffentlichen Diskurs vor allem die meisten deutschen Gewerkschaften, hängt doch ihre Macht bzw. die ihrer Funktionäre nicht zuletzt vom geltenden Tarifrecht und der durch einen starken Nationalstaat garantierten korporatistischen Tradition ab.²⁷ Während Lafontaine/ Müller für die Mittelposition stehen können, für den Versuch, mit nationalstaatlichen Mitteln und internationalen Absprachen den Strukturwandel zu steuern und seine Auswirkungen sowie die daraus resultierenden Anpassungserfordernisse für die Menschen so gering wie möglich zu halten.

Tatsächlich kann man aber eine dritte, noch tiefer liegende Diskursebene erkennen: die Auseinandersetzung um das Gesellschaftsmodell und die leitenden Werte. Sie scheint in vielen Parolen der Globalisierungs-Gegner auf (z. B. "Die Profite explodieren, die Armen verlieren"²⁸; "Die Globalisierung spaltet die Welt"²⁹; "Globalisierung ist täglich erlebter Horror"³⁰) oder in Buchtiteln wie "Ist die Demokratie noch zu retten?"³¹. Die Perspektive dieses Wertediskurses verdeutlichte Oskar Lafontaine in einer Kolumne, die in die kämpferische Aussage mündete: "Die Marktgesellschaft zerstört die Demokratie".³²

²⁶ Vgl. beispielhaft Weizsäcker: Logik der Globalisierung; Sinn: Die rote Laterne; Franz: Für mehr Beschäftigung; oder auch: Globalisation and its critics. A survey of globalisation. In: Economist v. 29. 9. 2001, S. 3-34. Tilly betont ebenfalls – mit historischen Beispielen - den Anpassungsdruck, der mit Globalisierungsschüben verbunden ist und verweist neben den bedeutenden positiven Auswirkungen auch auf die negativen. Vgl. Tilly: Globalisierung, bes. S. 10 u. 35. Fischer hält die Anpassungsprobleme vor allem im europäischen Raum für überschaubar und bejaht die fortschreitende Globalisierung; vgl. Fischer: Auswirkungen, S.367.

²⁷ Vgl. auch Martin/ Schumann: Die Globalisierungsfalle. Abelshauser vertritt sogar die originelle These, gerade wegen der korporatistischen Strukturen sei die deutsche Wirtschaft auf den Globalisierungsdruck besonders gut vorbereitet und solle an den bewährten Mustern festhalten; vgl. Abelshauser, W.: Markt und Staat. Deutsche Wirtschaftspolitik im 'langen 20. Jahrhundert'. In: Spree, R. (Hg.): Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert. München 2001, S. 137-140.

²⁸ Susan George in der Süddeutschen Zeitung v. 29./30. 9. 2001, S. 22.

²⁹ Oliver Fahrni in DIE WOCHE v. 9. 11. 2001, S. 5.

³⁰ Jean Ziegler in der Auftaktveranstaltung eines Kongresses des Netzwerks ATTAC in Berlin am 20./ 21. 10. 2001, nach Süddeutsche Zeitung v. 20./21. 10. 2001.

³¹ Untertitel von Nürnberger: Die Machtwirtschaft.

³² SZ Magazin, No. 9, v. 3. 3. 2000, S. 6. Ähnlich auch der Untertitel des Bestsellers von Martin/ Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand.

Lafontaine behauptet: "Daß die Marktgesellschaft die menschlichen Werte immer mehr ins Abseits drängt, kann nicht geleugnet werden." In diesem Sinne argumentierten allerdings schon Karl Marx und Friedrich Engels im Jahre 1848 in ihrem *Kommunisten Manifest*. Dort heißt es u. a.: "Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. (...) Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst."³³ Marx und Engels schrieben diese Konsequenzen 1848 allerdings nicht der Globalisierung zu, sondern der Durchsetzung eines auf dem Privateigentum basierenden Kapitalismus. Aus seiner Entwicklungslogik folgt ihrer Meinung nach: "Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst (...). Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen. (...) An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr."³⁴ Daraus wird bei Lafontaine: " Die modernen Arbeitnehmer sollen mobil und offen für Veränderungen sein; sie sollen sich beliebig versetzen lassen und ihre Bindungen und Beziehungen den Erfordernissen der Märkte unterordnen. Zugehörigkeitsgefühl, Treue, das Eingebundensein in regionale Kulturen, gelten in der Marktgesellschaft immer mehr als Einschränkung."

Ersichtlich geht es um die leitenden Werte unserer Lebensführung, um die Grundlagen der Gesellschaft. Während Marx und Engels 1848 die Entwicklung für einen zwar schmerzhaften und unaufhaltsamen, aber fortschrittlichen, letztlich begrüßenswerten Modernisierungsvorgang hielten, versucht Lafontaine heute den Eindruck zu erwecken, als könnten wir zu einer im Prinzip vor 150 Jahren, spätestens aber seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufgelösten Gemeinschaftsform zurückkehren, die dann - ironischerweise - demokratischer sein sollte. An die Stelle des Glaubenssatzes der Entwicklungsökonomie in den 1950er und 1960er Jahren, daß sich Demokratie und Marktgesellschaft gegenseitig bedingten, zumindest befruchteten, tritt hier die gegenteilige Parole: "Die Marktgesellschaft zerstört die Demokratie."

An Lafontaines Behauptung von Entwicklungstendenzen, die er zu Folgen der Globalisierung erklärt, ist beachtlich, daß er glaubt, auf Werten beharren zu dürfen, die in einer dynamischen kapitalistischen Gesellschaft stets prekär waren und nur bedingte Gültigkeit besaßen. Für den

³³ Marx, K., u. Engels, F.: Das Manifest der Kommunistischen Partei. 29. Aufl., Berlin 1967, S. 45.

größten Teil der Menschen konnten "Zugehörigkeitsgefühl, Treue, das Eingebundensein in regionale Kulturen" während der letzten 150 bis 200 Jahre kaum handlungsleitende Motive sein. Stets erzwang die Suche nach Arbeit oder nach besseren Einkommenschancen eine hohe Mobilität der Arbeitskräfte. Nur die historisch einmalige Prosperität der 1950er und 1960er Jahre ließ in der Folgezeit für größere Bevölkerungsgruppen in der BRD eine verringerte regionale Mobilität möglich erscheinen. Der gegenwärtige Globalisierungsschub schafft in dieser Hinsicht keine neuen Bedingungen, allerdings macht er das Kapital mobiler und erhöht damit erneut den Mobilitätsdruck auf die Arbeitskräfte. Die von Lafontaine und in ähnlicher Form von vielen anderen Globalisierungskritikern beschworenen Werte entstammen letzten Endes einer vorkapitalistischen, weitgehend stationären Welt oder dem schon 1984 von Burkart Lutz kritisierten "Kurzen Traum immerwährender Prosperität".³⁵

Interessanterweise findet sich der Bezug zur Wertediskussion jedoch nicht nur bei den Globalisierungsgegnern. Auch die Argumente der Befürworter zeichnen sich häufig durch ungewöhnlich offensiven Wertebezug aus. So widmet z. B. Weizsäcker ein ganzes Kapitel seiner wirtschaftswissenschaftlichen Darstellung von Globalisierungswirkungen und der Möglichkeiten politischer Einflußnahme auf diese der Erläuterung der Wertgrundlage unserer Marktwirtschaft. Und auch sein Fazit zeichnet sich durch starke Werturteile aus.³⁶ Das Thema scheint demnach die Erweiterung der Diskursebenen nahezulegen.

Der knappe Überblick über den aktuellen Globalisierungs-Diskurs ergibt, daß die eigentliche Dynamik der gegenwärtigen Diskussion um die Gestaltung des Außenhandelsregimes, besonders in der BRD - Anpassung an den Globalisierungsdruck oder Versuch des Ausweichens bzw. des Widerstandes - nicht durch die wirtschaftspolitischen Argumente erzeugt wird. Vielmehr resultiert sie aus den großen Ängsten, die der durch die Globalisierung beschleunigte Strukturwandel hervorruft. Diese drängen dahin, mehr oder weniger offen Grundsatzfragen der Gesellschaftsgestaltung mitzudiskutieren und somit aus einer Debatte um die richtige Außenwirtschaftspolitik eine Auseinandersetzung um soziale Grundwerte zu machen. Dadurch wird die Debatte verworren; das verleiht ihr gelegentlich irrationale Züge und macht die star-

³⁴ Marx/ Engels: Das Manifest, S. 46f.

³⁵ Lutz, B.: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt/ M. u. New York 1984.

³⁶ Weizsäcker: Logik der Globalisierung, S. 7-46, 168ff.

ke Emotionalität verständlich, durch die der Diskurs und die ihn begleitenden Aktionen charakterisiert sind.

Man könnte nun meinen, diese Vermischung der Ebenen sei ein Phänomen des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts, sei Ausdruck der mangelnden Stringenz im Denken postmoderner Geister oder durch die besondere Dramatik des von vielen Kommentatoren ja fälschlicherweise als neues Phänomen bezeichneten gegenwärtigen Globalisierungsschubs. Der Blick in die Geschichte zeigt jedoch, daß es solche auf mehreren Ebenen stattfindenden Globalisierungsdiskurse schon häufiger gegeben hat.

Die Agrarstaat-Industriestaat-Debatte 1891-1903³⁷

Vordergründig ging es um die Gestaltung des Zolltarifs im Jahre 1903, da der Tarif der Caprivi-Ära zu dem Zeitpunkt auslief. Nachdem die kurze Phase eines Freihandels-Regimes in Deutschland (von etwa 1866-1878) mit der 1879 erfolgten erneuten Einführung von Schutzzöllen, zunächst auf Eisen- und Stahlprodukte einerseits, Agrarerzeugnisse andererseits, zu Ende gegangen war, hatte eine ständige Erhöhung der Zölle und vor allem eine Ausweitung auf immer mehr Produktgruppen bzw. Branchen stattgefunden. Wie eine Epidemie breitete sich das neomerkantilistische Denken nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen am Weltmarkt beteiligten Staaten aus. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wurden die Zollmauern höher und immer unübersichtlicher das Geflecht internationaler Verträge, mit denen sich einzelne Staaten wechselseitige Vorteile einräumten, um die Schäden der Außenhandelsbeschränkungen einzudämmen. Diesen verhängnisvollen Mechanismus hatte der 1890 als Bismarck-Nachfolger zum Reichskanzler ernannte Caprivi durchbrochen, indem erstmalig seit 1879 die Zölle auf breiter Front gesenkt wurden. Dieser, vor allem von den Agrariern bekämpfte Außenhandelskurs stand 1903 mit dem Auslaufen des revidierten Tarifs zur Disposition.

³⁷ Vgl. Überblicke bei Barkin, K. D.: The Controversy over German Industrialization 1890-1902. Chicago u. London 1979; Steinkühler, M.: Agrar- oder Industriestaat: Die Auseinandersetzungen um die Getreidehandels- und Zollpolitik des Deutschen Reiches 1879-1914. Frankfurt/ M. usw. 1992; Harnisch, H.: Agrarstaat oder Industriestaat. Die Debatte um die Bedeutung der Landwirtschaft in Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. In: Reif, H. (Hg.): Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise - junkerliche Interessenpolitik - Modernisierungsstrategien. Berlin 1994, S. 33-50.

Die Frage der Tarifgestaltung wurde jedoch rasch zu einer Kontroverse auf einer tiefer gelegenen Ebene, derjenigen des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels. Man nahm die Debatte über das angemessene Außenhandelsregime zum Anlaß, um sich zu vergewissern, wie weit der sektorale Strukturwandel in Deutschland im Zuge der Hochindustrialisierung schon vorangeschritten sei, ob man diese Entwicklung begrüßen und fördern oder doch noch stoppen könne.³⁸ Dabei wurde weitere erfolgreiche Industrialisierung mit fortschreitender Integration in den Weltmarkt und deshalb von den Befürwortern dieser Entwicklung, den Anhängern des Industriestaat-Modells, mit der Forderung nach Freihandel (Senkung der Zölle) verbunden. Die Kritiker des bereits erfolgten Strukturwandels, die ihn möglichst einfrieren, wenn nicht gar rückgängig machen wollten und sich an das Modell "Agrarstaat" klammerten, forderten dagegen möglichst starke Unabhängigkeit vom Export, verringertes Wachstum der Exportindustrien, insofern tendenzielle Desintegration aus dem Weltmarkt und hohe Schutz-zölle, speziell auf Agrarprodukte.

Die Positionen in diesem Diskurs sind gut erkennbar, da er sich nicht zuletzt auch in Auseinandersetzungen auf Tagungen des *Vereins für Socialpolitik* manifestierte.³⁹ Begonnen hatte der Diskurs schon 1891 mit den Reichstagsdebatten um den Zollvertrag mit Österreich-Ungarn und der als Reaktion auf die Caprivischen Handelsverträge deutbaren Gründung und Agitation des *Bundes der Landwirte* 1893.⁴⁰ Er war im Grunde auch kurz vor dem Ersten Weltkrieg noch nicht beendet, wie die bekannte Denkschrift von Lujo Brentano "Die deutschen Getreidezölle", Stuttgart u. Berlin 1910, 2. Aufl. 1911, zeigt. Diese Agrarstaat-Industriestaat-Debatte mutet insofern etwas grotesk an, als der Strukturwandel um die Jahrhundertwende schon so weit vorangeschritten war, daß eine echte Alternative zur Fortsetzung der Industrialisierung gar nicht ernsthaft in Betracht gezogen werden konnte; Wehler er-

³⁸ Vgl. die statistischen Angaben zu den um die Jahrhundertwende erreichten Größenverhältnissen der Wirtschaftssektoren zueinander sowie einen knappen Überblick über die Debatte bei Ambrosius, G.: *Agrarstaat oder Industriestaat - Industriegesellschaft oder Dienstleistungsgesellschaft? Zum sektoralen Strukturwandel im 20. Jahrhundert.* In: Spree (Hg.): *Geschichte der deutschen Wirtschaft*, S. 50-53; dort wird auch bereits die 3-Ebenen-Struktur des Diskurses angedeutet.

³⁹ Zum Teil zusammengefaßt in *Verein für Socialpolitik* (Hg.): *Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands*. 3 Bde., Leipzig 1900f. (Schriften des Vereins ..., Bde. 90-92); *Verein für Socialpolitik* (Hg.): *Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik über die Wohnungsfrage und die Handelspolitik*. Leipzig 1902 (Schriften des Vereins ..., Bd. 98).

⁴⁰ Dazu vor allem Puhle, H.-J.: *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893-1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei*. 2. Aufl., Bonn 1975.

scheint sie als ein "eigentümlich verspätetes Scheingefecht".⁴¹ Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts war der industriell-gewerbliche Sektor der Wirtschaft überproportional gewachsen und hatte gegen Ende des Jahrhunderts den Agrarsektor hinsichtlich des Anteils an den Gesamtbeschäftigten, mehr noch hinsichtlich des Anteils am Sozialprodukt übertroffen. Inzwischen lebten ein Viertel der Bevölkerung in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern und nur noch ein gutes Drittel in ländlichen Gemeinden. Die Technisierung hatte fast alle Arbeitsbereiche ergriffen und wirkte sich auch im Alltagsleben der Menschen immer spürbarer aus. Allerdings betont Ambrosius, daß "die agrarische Produktions- und Lebensweise in weiten Teilen des Reiches vorherrschte; eine Industrie-'Gesellschaft' besaß das Deutsche Reich ganz sicherlich noch nicht."⁴² Abgesehen davon, daß hier offenbleibt, was unter eine Industrie-'Gesellschaft' zu verstehen sein soll, geht diese Argumentation in eine Richtung, die auch von anderen Autoren gelegentlich vertreten wird.⁴³ Doch braucht die schwierige Frage, in welchem Umfang bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts industrielle und großstädtische Lebensverhältnisse sowie Orientierungen und Mentalitäten in der deutschen Bevölkerung prägend wirkten, hier nicht entschieden zu werden, da die Debatten sowieso nicht erreichte Zustände, sondern Entwicklungstendenzen betrafen.

Der Diskurs bezog seine eigentliche Dynamik aus einem Subtext, der allein es verständlich macht, warum sich die Debatte so lange hinziehen konnte. Auch im Fall dieses Globalisierungs-Diskurses ist es nötig, auf eine dritte Ebene einzugehen, die unter der Ebene des Außenhandelsregimes und unter der Ebene des Strukturwandels angesiedelt ist. Offenbar warf der stattgefundene Strukturwandel für viele Gesellschaftsgruppen, vor allem die traditionellen Eliten, zunehmend größere Anpassungsprobleme auf. Daran knüpfte die Auseinandersetzung auf der dritten Ebene an: der Diskurs über die Gesellschaftsstruktur und das Wertesystem. Auf dieser Ebene offenbarte sich eine Systemkrise, eine Unfähigkeit des politischen Systems, die aus dem stattfindenden Modernisierungsprozeß resultierenden politischen und sozialen Spannungen angemessen zum Ausdruck kommen zu lassen und zu kanalisieren sowie eine

⁴¹ Wehler, H.-U.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3, München 1995, S. 619.

⁴² Ambrosius: Agrarstaat oder Industriestaat, S. 51.

⁴³ So unterschiedlich ansetzende Autoren wie Burkart Lutz und Josef Mooser haben z. B. die Durchsetzung der Industrie-Gesellschaft als dominantes Modell in Deutschland auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg datiert. Vgl. Lutz: Der kurze Traum, S. 104f., 187f., 210-224; Mooser, J.: Auflösung der proletarischen Milieus. Klassenbindung und Individualisierung in der Arbeiterschaft vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik Deutschland. In: Soziale Welt, 34 (1983), bes. S. 286f u. 297. Diese Auffassung ist von Spree stark relativiert worden, vgl. Spree, R.: Modernisierung des Konsumverhaltens deutscher Mittel- und Unterschichten während der Zwischenkriegszeit. In: Zeitschrift für Soziologie, 14 (1985) S. 400-410.

Unwilligkeit der gesellschaftlich führenden Gruppen, die notwendigen Anpassungsleistungen an den wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel zu vollziehen.⁴⁴

Eine wichtige Figur im Diskurs über Agrar- versus Industriestaat oder Zollschutz versus Freihandel war Adolph Wagner. Der bekannte Berliner Wirtschaftsprofessor kann vermutlich für viele stehen, die ganz sicher nicht im eigentlichen Sinne Vertreter agrarischer Interessen waren ("Ich bin (...) nicht >unter die Agrarier gegangen< ") und sich doch in der Kontroverse mehrfach für eine Erhöhung der Getreidezölle engagiert haben ("nicht weil ich obstinat den >Willen< habe, >für die Junker< einzutreten").⁴⁵ Seine Motive (Argumente) dürften für viele Bildungsbürger der damaligen Zeit stehen können, die sich in der nicht zuletzt auch in der Tagespresse ausgefochtenen Debatte engagierten.

Er sei kein absoluter, sondern nur ein "relativer Gegner" des Industriestaats,⁴⁶ dessen Grundlagen und Folgen er nicht so optimistisch wie z. B. sein Gegner im Diskurs, Lujo Brentano, beurteilen könne; die Entwicklung zum Industriestaat habe eben "auch ihr Bedenkliches".⁴⁷ Sie sei an ganz bestimmte Voraussetzungen geknüpft: "erstens (...), daß das Ausland willens und fähig ist, uns die Agrarprodukte überhaupt und zu uns passenden, nicht zu hohen Preisen zu liefern; zweitens, daß der Bezug dieser Produkte größtenteils über See aus der neuen Welt und anderen Weltteilen und aus dem europäischen Osten genügend gesichert ist; endlich drittens, daß unsere Fabrikate im Auslande (...) genügenden gesicherten Absatz zu uns lohnenden Preisen finden. (...) Nur wenn und soweit als diese drei Voraussetzungen sich zusammen erfüllen lassen, erscheint das (...) Industriestaatsystem leistungsfähig und dauerhaft. Sonst droht es den Dienst zu versagen und zusammenzubrechen."⁴⁸ Und das hält Wagner für die wahrscheinlichere Perspektive; deshalb sei "aus dem Gesichtspunkt des dauernden nationalen Gesamtinteresses und unserer ganzen deutschen Volkswirtschaft (...) das einseitige, alles über-

⁴⁴ Vgl. zur "Gesellschaftskrise des späten Kaiserreichs" Doerry, M.: Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs. Weinheim u. München 1986, S. 12-29; Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, passim, bes. S. 1264-1268 u. 1292-1295.

⁴⁵ Wagner, A.: Agrar- und Industriestaat. Eine Auseinandersetzung mit den Nationalsozialen und mit Professor L. Brentano über die Kehrseite des Industriestaats und zur Rechtfertigung agrarischen Zollschutzes. Jena 1901, S. 5.

⁴⁶ U. a. Wagner: Agrar- und Industriestaat, S. 11.

⁴⁷ Wagner: Agrar- und Industriestaat, S. 23.

⁴⁸ Wagner: Agrar- und Industriestaat, S. 71.

wuchernde moderne Industriesystem ungünstig zu beurteilen."⁴⁹ Interessant erscheint, daß auch Max Weber in dieser Auseinandersetzung für eine Senkung der Zölle und eine Ausweitung des Außenhandels Stellung bezog, und das, obwohl er keineswegs ein prinzipieller Optimist sein wollte. Im Widerspruch zu Wagner meint er: "Das gewaltige Risiko, welches die unvermeidliche ökonomische Expansion Deutschlands nach außen uns auferlegt, erkenne auch ich. Aber ich halte dies Risiko für unvermeidlich und deshalb sage ich: >So mußst du sein, du wirst dir nicht enttrinnen<."⁵⁰ Dagegen plädierte Wagner für einen verstärkten agrarischen Zollschutz im Sinne einer "Erhaltungspolitik"⁵¹, ohne den Außenhandel mit Industrieprodukten abwürgen zu wollen; es komme auf die "richtige Mischung" an.

Mit diesen Argumenten bewegt sich Wagner vor allem auf der Ebene der Außenhandelspolitik und hat dabei sehr stark auch deren strukturverändernde oder eben -konservierende Wirkungen im Auge. Die Leidenschaft, die die Beteiligten am Diskurs über Jahre hinweg ihre Argumente im Großen und Ganzen ständig wiederholen ließ⁵², und dies sogar in der Tagespresse, hatte jedoch noch andere Gründe. Zum einen liegt auf der Hand, daß unmittelbare Interessenvertreter der Großagrarien das Wort ergriffen. Sie wollten mit dem Schutz ihrer durch den Freihandel bedrohten ökonomischen Basis ihre anachronistisch gewordene politische Vorrangstellung im deutschen Kaiserreich konservieren. Diese Interpretation findet sich schon bei Zeitgenossen und häufig auch in der einschlägigen Sekundärliteratur.⁵³ So konzediert Lujo Brentano in einer seiner Streitschriften: Übergänge wie die vom Agrar- zum Industriestaat "gehen nicht ohne schwere innere Kämpfe vor sich. Große Verschiebungen auch in

⁴⁹ Wagner: Agrar- und Industriestaat, S. 84. In gleicher Richtung hatte schon Oldenberg in seinem vielbeachteten Vortrag 1897 argumentiert, vgl. Oldenberg, (K.): Über Deutschland als Industriestaat. In: Die Verhandlungen des Achten Evangelisch-sozialen Kongresses, abgehalten zu Leipzig am 10. u. 11. Juni 1897. Göttingen 1897, S. 64-96, bes. S. 90ff. Ebenso Pohle, L.: Deutschland am Scheidewege. Betrachtungen über die gegenwärtige volkswirtschaftliche Verfassung und die zukünftige Handelspolitik Deutschlands. Leipzig 1902.

⁵⁰ Replik Max Webers auf Adolph Wagner in: Die Verhandlungen des Achten Evangelisch-sozialen Kongresses, S. 123.

⁵¹ Wagner: Agrar- und Industriestaat, S. 85. So auch Pohle: Deutschland am Scheidewege, S. 169.

⁵² Man vergleiche z. B. die Argumente der Befürworter oder Gegner der Agrarzölle in der Debatte des Evangelisch-sozialen Kongresses von 1897 mit denjenigen in den Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik 1900 u. 1901: sie sind über weite Strecken identisch! Die Verhandlungen des Achten Evangelisch-sozialen Kongresses, S. 64-128; Verein für Socialpolitik (Hg.): Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands.; Verein für Socialpolitik (Hg.): Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik über die Wohnungsfrage und die Handelspolitik.

⁵³ Vgl. Mendel, A.: The Debate between Prussian Junkerdom and the Forces of Urban Industry 1897-1902. In: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel-Aviv, 4 (1975), S. 301-338; Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 620.

der politischen Bedeutung der in den verschiedenen wirtschaftlichen Erwerbszweigen thätigen Gesellschaftsklassen pflegen damit Hand in Hand zu gehen. Es ist ganz naturgemäß, daß die Gesellschaftsklassen, welche durch das rapide Wachsen neuer Klassen relativ in den Hintergrund treten, sich mit aller Macht dagegen wehren, an ihrem Einflusse einzubüßen; ja, es ist nur menschlich, wenn sie, in subjektiv ehrlicher Überzeugung, sogar die Zukunft des Vaterlandes bedroht glauben von einer Entwicklung, welche sie in ihrer relativen Bedeutung mindert."⁵⁴

Zum anderen fällt jedoch auf, daß Persönlichkeiten wie Adolph Wagner nicht als Agenten der Agrarlobby verstanden werden wollen und können, aber dennoch deren Interessen in gewissem Sinne vertraten. Ihre Leidenschaft resultierte aus dem bisher nicht dargestellten Wertbezug, den weltanschaulichen Grundüberzeugungen, die in diesem Diskurs verteidigt wurden. Je länger die Debatte dauerte, desto deutlicher wurde Wagners weltanschauliche Position. So möchte er zwar den Industriestaat und seine notwendige Exportaktivität nicht vollkommen zurückdrängen, aber speziell den Außenhandel "wieder mehr auf seine alten naturgemäßen Grundlagen" zurückführen, d.h. ein Überleben der alten Strukturen ermöglichen, bei denen traditionelle Produkte der deutschen Landwirtschaft weiterhin erzeugt und im Inland verbraucht werden. Die Handelspolitik solle ermöglichen, Deutschland vom Bezug ausländischer Produkte unabhängiger zu machen "und unsere Landwirtschaft, als die Grundlage auch der modernen nationalen Volkswirtschaft, ordentlich im Gange und fähig zur lohnenden Beschäftigung einer größeren Volkszahl auf dem Lande selbst zu erhalten."⁵⁵ Er sieht "in der Erhaltung einer absolut und relativ bedeutenden heimischen ländlichen grundbesitzenden und Landwirtschaft treibenden Bevölkerung, in einer wirtschaftlich leistungsfähig bleibenden solchen Bevölkerung eine unbedingte Voraussetzung des Wohles und der dauernden wirtschaftlichen und sozialen, ethischen, kulturellen und politischen Sicherung der ganzen Nation".⁵⁶ Diese Voraussetzung bleibt unbegründet, da sie ja "unbedingt" ist; es handelt sich um eine nicht zur Debatte stehende Grundüberzeugung, die Wagner offenbar mit vielen Zeitgenossen teilte.

Daß der Zollschatz die Getreide- und damit die Brotpreise erhöht, ist ihm klar, aber dies "Opfer" müsse die Nation um des höheren Werts einer funktionsfähigen Landwirtschaft tragen.

⁵⁴ Brentano, L.: Die Schrecken des überwiegenden Industriestaats. In: Mittheilungen des Vereins zur Förderung der Handelsfreiheit, 2 (1901), S. 6.

⁵⁵ Wagner: Agrar- und Industriestaat, S. 25.

⁵⁶ Ebda.

Für die unteren Sozialschichten soll ein Ausgleich über eine entsprechende Ausgestaltung des Steuersystems erfolgen; dabei denkt Wagner vor allem an "höhere Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, mit progressivem Steuersatz für das größere Einkommen und Vermögen, bei Steuerfreiheit oder niedrigem Steuerfuß von kleinen Einkommen".⁵⁷

In ganz ähnliche Richtung und ebenfalls ohne als "Junkervertreter" gelten zu können, argumentierte in der Debatte des *Vereins für Socialpolitik* über die Handelspolitik 1901 Max Sering. Er stellt sich die Frage, ob die Industriearbeiter ein Interesse haben könnten, bei Verweigerung des Zollschatzes für die Landwirtschaft den Zusammenbruch eines großen Teils des bäuerlichen Mittelstandes hinzunehmen. Seine Prämisse ist, abgeleitet aus der Berufszählung: "Annähernd 3/5 unseres Mittelstandes sitzen also auf den Bauernhöfen." Und er fährt fort: "Ich kann mir unser Volk ohne diese unabhängigen, kraftvollen und wehrhaften Menschen nicht vorstellen. Die ganze Charakterbildung der Nation würde ohne sie eine andere sein."⁵⁸ Er ergänzt diese apodiktische Aussage mit der Behauptung, daß ein lebendiger Bauernstand zur Blüte des Handwerks beitrage, "weil ihm der erforderliche, gut erzogene und ausgestattete Nachwuchs vom Lande her zuströmt. Und wo der Grundbesitz vorwiegend in Händen von selbstarbeitenden, aber wirtschaftlich unabhängigen Landwirten ruht, da steht auch die städtische Arbeiterschaft hoch und ist weniger schroff von den andern Schichten getrennt."⁵⁹ Dafür ist ihm Deutschland das Beispiel - im Gegensatz zu England. Wie bei Wagner werden den Bauern alle möglichen prinzipiell guten Eigenschaften zugeschrieben, es geht um die "Charakterbildung der Nation"; die vom Land dem Handwerk zuströmenden Kräfte gelten als "gut erzogen". Und die Arbeiterschaft profitiert von der "gesunden" Landwirtschaft, "weil die Industrie ihre Mannschaft aus den Bauernsöhnen und denjenigen Landarbeitern zu rekrutieren hatte, die als Knechte und Mägde an dem geordneten Familienleben der Bauern teilgenommen hatten."⁶⁰ Sollte man die Bauernschaft einer Proletarisierung anheim fallen lassen, so würde "das Fundament unserer ganzen socialen Verfassung" zerstört und damit auch der "Oberbau, die gesellschaftliche Stellung und Lebenshaltung der Arbeiterschaft" gefährdet.⁶¹

⁵⁷ Wagner: Agrar- und Industriestaat, S. 26.

⁵⁸ Sering, M.: Debattenbeitrag. In: Wirkung der gegenwärtigen und Ziele der künftigen Handelspolitik, insbesondere in social-politischer Beziehung. Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik (...). Verhandlungen der Generalversammlung in München, 23., 24. und 25. September 1901 = Schriften des Vereins (...), Bd. 98. Leipzig 1902, S. 244.

⁵⁹ Ebda.

⁶⁰ Sering: Debattenbeitrag, S. 245.

⁶¹ Ebda.

Das sind wie bei Wagner Grundüberzeugungen, die mit der Realität der ländlichen Gesellschaft im späten 19. Jahrhundert nichts zu tun haben. Der Maßstab für die Argumentation in der Außenhandelsfrage ist vielmehr ein imaginiertes ländliches Idyll, das vor allem für bestimmte Werte steht: für geordnetes Familienleben, gute Erziehung und für Charakterbildung. Dies Idyll erhält seine Bedeutung als positives Gegenbild im Rahmen einer hier nicht ausdrücklich vorgetragenen Kulturkritik, die eine Ablehnung der Urbanisierung und der modernen Zivilisation impliziert. Für seinen Beitrag erhielt Sering übrigens nicht wie andere Redner schlicht Beifall, vielmehr heißt es im Protokoll "lebhaftester, anhaltender Beifall"⁶² - und das spricht für einen breiten Wiederhall seiner Argumente, vor allem auch seiner Wertüberzeugungen, bei einem großen Teil der Versammlung. Daß es nicht die Mehrheit war, kann man allerdings daraus schließen, daß dem sehr bissigen, Sering und andere kritisierenden Referat von Brentano sogar "lebhafter, stürmisch wiederholter Beifall" gezollt wurde.⁶³

Festzuhalten ist: Die hier skizzierten Argumentationslinien sind zunächst als Beiträge zu einer akademischen Debatte über die Handelspolitik und die Gestaltung des Zolltarifs vorgetragen worden. Insofern stehen sie im Zusammenhang mit der Gestaltung des seit 1879 existierenden Zollschutz-Regimes. Sie erweisen sich jedoch als Stellungnahmen zum Problem des sozio-ökonomischen Strukturwandels, sind also vor dem Hintergrund der Anpassungsprobleme an die fortschreitende Industrialisierung und an die beschleunigte gesellschaftliche und wirtschaftliche Modernisierung zu verstehen. Da die Modernisierung als Gesellschaftskrise erlebt wird und tiefsitzende Ängste auslöst, geht es unvermittelt in der handelspolitischen Debatte um gesellschaftliche und weltanschauliche Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen. Harnisch urteilt in diesem Zusammenhang: "Die eigentümliche sozialkonservative, agrarromantisch gefärbte Grundeinstellung sehr vieler und oft sehr einflußreicher Universitätsprofessoren hat wesentlich dazu beigetragen, in der Öffentlichkeit den Boden für einen aufwendigen Agrarprotektionismus zu bereiten. (...) Man wird nicht an der Feststellung vorbeikommen, daß doch offenbar ein großer Teil der Sozial- und Geisteswissenschaftler des kaiserlichen Deutschlands nicht bereit war, sich den sozialen und ökonomischen Herausforderungen ihrer Zeit wirklich zu stellen."⁶⁴ Doch teilten sie diese Haltung mit einem großen Teil der Gesellschaft, zumindest mit den politisch entscheidenden Gruppen, denn die Zolltarife wurden ab 1903 massiv erhöht.

--

⁶² Sering: Debattenbeitrag, S. 247.

⁶³ Verhandlungen der Generalversammlung (...) 1901, S. 320.

Die strukturelle Ähnlichkeit des aktuellen Globalisierungs-Diskurses mit dem um 1900 liegt auf der Hand. Blickt man in der Geschichte noch etwas weiter zurück, wird erkennbar, daß sich diese Struktur bereits bei Diskursen findet, die ebenfalls Öffnungsprozesse von Wirtschaftsräumen und den damit verbundenen Strukturwandel betreffen, ohne daß man in der heute üblichen Weise von Globalisierung sprechen würde. Dem oben eingeführten Konzept von Globalisierung entsprechen solche Öffnungsprozesse jedoch durchaus, so daß es lohnend erscheint, noch einen Blick auf einen derartigen frühen Diskurs zu werfen.

Die Preußischen Reformen 1807-1820

Bekanntlich handelte es sich bei den Preußischen Reformen im Kern um die Einführung der Gewerbefreiheit als neuer "Staatsverwaltungsgrundsatz".⁶⁵ Der preußische König kündigte das in dem "Edikt über die Finanzen des Staates (...)" v. 27. 10. 1810 so an: "Wir wollen nämlich eine völlige Gewerbefreiheit gegen Entrichtung einer mäßigen Patentsteuer und mit Aufheben der bisherigen Gewerbesteuern verstaten, das Zollwesen simplifizieren lassen, die Bann- und Zwangsgerechtigkeiten aufheben."⁶⁶

Oberflächlich betrachtet, bedeutete das zunächst "nur" die Belebung des inländischen Wettbewerbs, hätte also mit Globalisierung nichts zu tun. Faktisch ging es aber für die Zeitgenossen vor allem um den Wegfall aller lokalen Vorrechte, Bindungen und Beschränkungen, die nicht zuletzt als Schutz vor Konkurrenz zu verstehen sind. Die Konkurrenz zu beleben war jedoch die ausdrückliche Absicht der Regierungen unter dem Einfluß Hardenbergs. Sehr klar kommen die neuen Grundsätze bereits in der (wenig beachteten) "Geschäfts-Instruktion für die Regierungen in sämtlichen Provinzen. Vom 26sten Dezember 1808"⁶⁷ zum Ausdruck. Es handelt sich zwar bei weitem überwiegend um Anweisungen für eine großangelegte Ver-

⁶⁴ Harnisch: Agrarstaat oder Industriestaat, S. 48f.

⁶⁵ Vgl. Vogel, B.: Allgemeine Gewerbefreiheit. Göttingen 1983, S. 179 (nach Hippel, Bülow u. Beguelin 1813).

⁶⁶ Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten (künftig zitiert als GS), Jg. 1810, No. 2, S. 27.

⁶⁷ In: Sammlung der für die Königlichen Preußischen Staaten erschienenen Gesetze und Verordnungen von 1806 bis zum 27ten Oktober 1810 (...), (o. O. o. J.), Reprint Bad Feilnbach 2 1985, S. 431-519.

waltungs-Reorganisation. Doch an mehreren Stellen werden allgemeine Prinzipien formuliert, an denen alles Verwaltungshandeln auszurichten sei.

So heißt es in § 34: "Bei allen Ansichten, Operationen und Vorschlägen der Regierungen muß der Grundsatz leitend bleiben, (...) einem jeden innerhalb der gesetzlichen Schranken, die möglichst freie Entwicklung und Anwendung seiner Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte, in moralischer sowohl als physischer Hinsicht zu gestatten, und alle dagegen noch obwaltende Hindernisse baldmöglichst auf eine legale Weise hinweg zu räumen."⁶⁸ In § 50 werden diese Grundsätze konkretisiert. Die angestrebte "Mehrung und Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt" könne nur geschehen, "durch die möglichste Gewerbefreiheit, sowohl in Absicht der Erzeugung und Verfeinerung, als des Vertriebs und Absatzes der Produkte."⁶⁹ "Neben dieser Unbeschränktheit bei Erzeugung und Verfeinerung der Produkte, ist Leichtigkeit des Verkehrs, und Freiheit des Handels, sowohl im Innern, als mit dem Auslande, ein nothwendiges Erforderniß. (...) Eben diese Freiheit im Gewerbe und Handel schafft zugleich die möglichste Konkurrenz in Absicht des produzierenden und feilbietenden Publikums, und schützt daher das konsumirende am sichersten gegen Theurung und übermäßige Preissteigerung."⁷⁰ Man gestatte daher einem jeden (...), sein eigenes Interesse auf seinem eigenen Wege zu verfolgen, und sowohl seinen Fleiß, als sein Kapital in die freieste Konkurrenz mit dem Fleiße und Kapitale seiner Mitbürger zu bringen. Dieses sind die Grundzüge, nach denen die Regierungen bei Verwaltung der Gewerbe- und Handelspolizei zu verfahren haben."⁷¹ Angemerkt wird, daß in dieser Hinsicht eine gewisse Rücksichtnahme auf das bestehende "Vorurtheil" zu nehmen sei, "da jede neue Einrichtung mit Reibungen verbunden ist, und ein zu schneller Uebergang von Zwang zur Freiheit manchmal nachtheiligere Folgen hervorbringt, als der Zwang selbst."⁷²

Ziel der Reformen war also Wegfall aller schützenden Institutionen und Belebung des Wettbewerbs im Innern wie mit dem Ausland, und das an sehr allgemeinen Grundsätzen orientiert, die keineswegs auf das Wirtschaftsleben beschränkt gedacht wurden, sondern eher in die Richtung einer "freien Entfaltung der Persönlichkeit" - zum Wohle des Staates. Insofern kann schon die aus der Einführung der Gewerbefreiheit resultierende Belebung des inländischen Wettbewerbs im Hinblick auf die überwiegend in kleinräumigen Einheiten denkenden Zeitge-

⁶⁸ Geschäfts-Instruktion für die Regierungen, S. 490.

⁶⁹ Geschäfts-Instruktion für die Regierungen, S. 494.

⁷⁰ Geschäfts-Instruktion für die Regierungen, S. 495.

⁷¹ Geschäfts-Instruktion für die Regierungen, S. 496.

⁷² Ebda.

nossen als erste Form einer Globalisierung gedeutet werden. Sie wurde verstärkt durch das "Gesetz über den Zoll und die Verbrauchs-Steuer von ausländischen Waaren (...)" v. 1818, das einen staatsweiten und zugleich nach außen kaum noch geschützten Markt herstellte. Dort heißt es:⁷³ "§ 1. Alle fremden Erzeugnisse der Natur und Kunst können im ganzen Umfange des Staates eingebracht, verbraucht und durchgeführt werden. § 2. Allen inländischen Erzeugnissen der Natur und Kunst wird die Ausfuhr verstatet." Zwar sollte es befristete Ausnahmen geben dürfen (§§ 3 u. 4), und es wurde ein mäßiger Einfuhrzoll erhoben (§ 6: in der Regel ein halber Taler pro preußischen Zentner). "§ 6. Bei der Ausfuhr gilt die Zollfreiheit als Regel. Die Ausnahmen ergibt der Tarif". Aber der Grundsatz war die Tendenz zum Freihandel, die in § 5 ausdrücklich erwähnt wird: "Die vorstehend ausgesprochene Handelsfreiheit soll den Verhandlungen mit andern Staaten in der Regel zur Grundlage dienen." (Es folgen Ausführungen zur Meistbegünstigung).

Die Herstellung des inländischen Wettbewerbs wurde durch die §§ 16 - 18 verdeutlicht:⁷⁴ "§ 16. Der Verkehr im Innern soll frei seyn, und keine Beschränkungen desselben zwischen den verschiedenen Provinzen oder Landestheilen des Staats künftig statt finden. § 17. Alle Staats-, Kommunal- und Privat-Binnenzölle (...) fallen daher weg (...). § 18. Auch auf Kommunal- oder Privat-Handels- und Konsumtions-Abgaben von ausländischen Waaren, erstreckt sich die vorbestimmte Aufhebung." Alle genannten Bestimmungen hatten das Ziel, eine neuartige Wettbewerbsordnung zu errichten, die den einzelnen Wirtschaftsbürger lokaler und sonstiger Beschränkungen enthob, aber eben auch traditioneller Schutzvorkehrungen. Und dies verbunden mit einer weitgehenden Öffnung dem Ausland gegenüber.

Die Periode von 1807 bis 1820 kann als Phase der Konstituierung eines marktwirtschaftlichen (neuen) Systems bezeichnet werden. Hardenberg gestaltete die Entwicklung der Reformgesetzgebung durch seinen Stab im (inoffiziellen) Staatskanzlerbüro und ab 1810 im (offiziellen) Staatskanzleramt als Prozesse des "fundamentalen Lernens", die gekennzeichnet sind durch intensivierete, verständigungsorientierte Kommunikation mit „signifikanten Anderen“.⁷⁵

⁷³ Gesetz über den Zoll und die Verbrauchs-Steuer von ausländischen Waaren und über den Verkehr zwischen den Provinzen des Staats, v. 26. 5. 1818. In: GS, 1818, No. 9, S. 65f.

⁷⁴ GS, 1818, No. 9, S. 67f.

⁷⁵ Vgl. Siegenthaler, H.: Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmäßigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens. Tübingen 1993, bes. Kap. IX, S. 178-206; ders.: Organization, Ideology and the Free Rider Problem. In: Journal of Institutional and Theoretical Economics, 145 (1989), S. 215-231.

Sein Schriftwechsel mit den wichtigsten Beratern, deren Positionen teilweise extrem auseinandergingen, liest sich, so Barbara Vogel, "als ob die Reformideen, denen Hardenberg selbst zuneigte, der Feuerprobe einer Argumentation von hochqualifizierten Vertretern des herrschenden Wirtschaftssystems ausgesetzt werden sollten."⁷⁶ Das wäre ein typisches Merkmal einer Systemkrise im Sinne Siegenthalers, die ja offenkundig vorlag und die Reformen erst ermöglicht hatte.

Schon in den ersten Jahren des Reformprozesses entstand jedoch ein weit über diese regierungsinternen Diskussionen hinausgehender öffentlicher Diskurs, der sich vor allem in "zahllosen Eingaben, Petitionen und Beschwerden einzelner Personen, Stände und Zünfte" sowie den Antworten der Regierung und der Gründung der "Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten" (als Informationsorgan) niederschlug.⁷⁷ Der anfänglich den Reformen gegenüber offene preußische König ging nach 1814 ins Lager der Reformgegner über. Er faßte die Flut der Klagen und Beschwerden in seiner Reaktion auf die bekannte Denkschrift des Berliner Stadtrates Dracke⁷⁸ 1818 in einigen Formeln zusammen, die verdeutlichen, daß ihm der als Globalisierung im hier vorgegebenen Sinne aufzufassende Charakter der Reformen bewußt war und er nicht zuletzt deshalb dem neuen Außenhandelsregime kritisch gegenüberstand: So hätten sich gegen die "schrakenlose Gewerbefreiheit" viele "wohlgesinnte Männer" erhoben, die in ihr "eine Hauptquelle der überhandnehmenden Verarmung der Handwerker und anderer gewerbetreibender Staatsbürger (...) [sähen] Tuchmacher und Leineweber seien infolge der Konkurrenz englischer Baumwolle beschäftigungslos. Ein Ausweichen in andere Erwerbsarten sei unmöglich."⁷⁹ Aus dem Handwerk wurde als Abhilfe stereotyp die Rückkehr zum Zunftzwang gefordert.

Aber auch aus dem Fabrikantenlager kam nach 1814, besonders im zeitlichen Umfeld der Beratungen des Zollgesetzes von 1818, heftige Kritik. Sie ist gut in dem Promemoria des Ba-

⁷⁶ Vogel: Allgemeine Gewerbefreiheit, S. 86.

⁷⁷ Vogel: Allgemeine Gewerbefreiheit, S. 91, 111, 194; vgl. z. B. die Darstellung u. kritische Würdigung dieses Diskurses während der ersten Reformjahre bei Steffens, W.: Hardenberg und die ständische Opposition 1810/1811. Leipzig 1907. Zur Gesetz-Sammlung als Informationsorgan und allgemein zur Öffentlichkeitsarbeit von Hardenberg vgl. Hofmeister-Hunger, A.: Pressepolitik und Staatsreform. Die Institutionalisierung staatlicher Öffentlichkeitsarbeit bei Karl August von Hardenberg (1792-1822). Göttingen 1994.

⁷⁸ Vgl. Denkschrift des Berliner Stadtraths Dracke über die Nachtheile der Gewerbefreiheit aus dem Jahre 1818. Mitgetheilt von Ernst Berner, in: Schriften des Vereins für die Geschichte Berlins, H. 31, Berlin 1894, S. 171-180.

rons Kottwitz für den König von 1819 gebündelt, das den Globalisierungshintergrund ausdrücklich anspricht: "Aus >Leichtsinn und bloß wortreichen Theorien< habe man ausländische Erzeugnisse ins Land gelassen, die Konsumenten dadurch verwöhnt und, weil die inländischen Erzeugnisse mit dem Auslande nicht konkurrieren könnten, die heimische Industrie ruiniert und dem Ausland >den Wohlstand der Nation< aufgeopfert."⁸⁰ Die Forderungen zielten auf die Rückkehr zum sogenannten Fabrikensystem, also zur merkantilistischen Gewerbeförderung mit Privilegien und Subventionen für einzelne Fabriken, vor allem aber mit Exportverboten für Rohstoffe und Nahrungsmittel sowie mit Importverboten für Fertigwaren.

Wie hier als typisch postuliert, fand auch in dem durch die Preußischen Reformen ausgelösten Globalisierungs-Diskurs unterhalb der Ebene einer Auseinandersetzung über das Außenhandelsregime eine Debatte über Art und Ausmaß des zu erwartenden Strukturwandels statt. Sie trat allerdings, dem erreichten noch sehr niedrigen Stand wirtschaftlicher Modernisierung, vor allem dem geringen Industrialisierungsgrad entsprechend, in etwas verzerrter Form auf. Die Gegner der Öffnung durch die Reformen dachten fast ausschließlich in Kategorien einer stationären Wirtschaft. Strukturwandel bedeutete für sie deshalb selbstverständlich, daß durch "entfesselte" inländische, vor allem aber ausländische Konkurrenz Produzenten aus ihren angestammten Tätigkeitsfeldern verdrängt würden und der Armut anheimfallen müßten.

Diese Sichtweise kam ja schon in der oben zitierten Kabinettsordre des Königs von 1818 zum Ausdruck. Sie wird in schöner Klarheit auch von dem Nationalökonomem Karl Heinrich Rau in seiner 1816 preisgekrönten Schrift "Über das Zunftwesen" formuliert.⁸¹ Er ist ein so absoluter Anhänger des Zunftwesens, daß er von der Einführung der Gewerbefreiheit nur negative Wirkungen erwartet: "ungleiche Besetzung der Gewerbe"⁸², "starke Änderung der herkömmlichen Preise"⁸³ mit einer klaren Tendenz dazu, daß in vielen Gewerben ein Preisdruck entstehen wird. Ein neuer Konkurrent in einem Handwerk kann sich jedoch nach Rau nur etablieren, "als wenn er wohlfeiler bietet. Natürlich nöthiget ihn dieß, auch schlechtere Arbeit zu

⁷⁹ Kabinettsordre Friedrich Wilhelms III. an Hardenberg v. 8. 5. 1818; zit. nach Vogel: Allgemeine Gewerbefreiheit, S. 204.

⁸⁰ Zit. nach Vogel: Allgemeine Gewerbefreiheit, S. 223.

⁸¹ Vgl. Rau, K. H.: Über das Zunftwesen und die Folgen seiner Aufhebung. Eine von der Königl. Großbritannischen Societät der Wissenschaften zu Göttingen gekrönte Preisschrift. Leipzig 1816.

⁸² Rau: Über das Zunftwesen, S. 98f.

⁸³ Rau: Über das Zunftwesen, S. 99.

liefern."⁸⁴ Insofern wird die Gewerbefreiheit zwar oft zu Preissenkungen führen, aber nur bei Inkaufnahme von Qualitätsverschlechterungen der Produkte. Mit größter Wahrscheinlichkeit werden Überproduktion und ein Verarmungsprozeß folgen.⁸⁵ "Zu einigem Wohlstande ist keine Aussicht; jede merkliche Abnahme des Mißverhältnisses kann wieder neue Mitbewerber herbeilocken."⁸⁶ Hinzu kommen die Importe; mit denen setzt man "eine Anzahl von Arbeitern des Auslandes in Nahrung, während eben so viele inländische zu Folge einer unrichtigen Besetzung der Gewerbe kümmerlich das Leben fristen."⁸⁷ Das Entstehen neuer Produkte und Erwerbszweige ist für Rau undenkbar.

Aufgrund seines statischen Denkens hält Rau es für äußerst wahrscheinlich, daß neue Konkurrenten in schon überfüllte Gewerbe hineindrängen werden: "Es ist zuvörderst nicht darauf zu rechnen, daß die Klugheit jeden von der Wahl eines schon hinlänglich ausgefüllten Gewerbes abhalten müsse."⁸⁸ Dazu fehle dem normalen Handwerker - im Gegensatz zum Kaufmann - die Übersicht. Und diejenigen, die ein bestimmtes Handwerk gelernt haben und in ihm tätig geworden sind, werden sich angesichts veränderter Rahmenbedingungen nicht neu orientieren können, da "sie unfähig geworden sind, in späteren Jahren aus dem gewohnten Kreise hervorzutreten."⁸⁹

Die durch die globalisierenden Reformen freigesetzten Kräfte drängen auf Strukturwandel, der jedoch nach Meinung Raus nicht stattfinden wird, ja, bei dem in Deutschland gegebenen Entwicklungsniveau nicht stattfinden kann. Vielmehr sind vor allem Qualitätsverschlechterungen der Produkte und wachsende Verarmung der Produzenten zu erwarten. Eine kluge Gewerbeförderung seitens der Regierung könnte jedoch die vielen Hindernisse aus dem Weg räumen, die die Eigeninitiative der Gewerbetreibenden lähmen. "Wie stark oder schwach diese Einwirkung seyn müsse, hängt (...) von dem Grade geselliger und gewerblicher Bildung ab; je höher in einem Volke Kunstfertigkeit und gemeiner Wetteifer gestiegen sind, desto mehr kann dem eigenen Bestreben überlassen werden."⁹⁰ In ferner Zukunft soll demnach Gewerbefreiheit möglich sein, zunächst ist jedoch die Regierung zum Eingreifen aufgerufen. Und dies, wie sich zeigt, in bekannter kameralistischer Tradition.

⁸⁴ Ebda.

⁸⁵ Rau: Über das Zunftwesen, S. 100.

⁸⁶ Ebda.

⁸⁷ Rau: Über das Zunftwesen, S. 101.

⁸⁸ Rau: Über das Zunftwesen, S. 105.

⁸⁹ Rau: Über das Zunftwesen, S. 113.

⁹⁰ Rau: Über das Zunftwesen, S. 138f.

Rau weist der Regierung eine ganze Reihe von Aufgaben zu, die praktisch auf eine staatlicherseits praktizierte Zunftordnung hinauslaufen.

- ◆ So müsse "bei der Ertheilung von Gewerbsberechtigungen auf die Anzahl der Berechtigten solche Rücksicht genommen werden, daß ein Mißverhältniß in der Besetzung der einzelnen Zweige verhütet werde."⁹¹
- ◆ "Der aufzunehmende Arbeiter muß in einer von der Staatsbehörde veranstalteten Prüfung seine genügende Geschicklichkeit dargethan haben."⁹²
- ◆ Im Interesse an der "Bildung geschickter Arbeiter" ist eine Lehrzeit vorzusehen, "wie sie bei dem Zunftverbände vorkommt", sowie die Einrichtung von "Unterrichtsanstalten, welche vor und neben derselben den Lehrling beschäftigen."⁹³
- ◆ "Das Wandern darf vor Allem nicht aufgegeben werden, wenn auch größere Schwierigkeiten zu überwinden sind."⁹⁴
- ◆ Ebenso hat der Staat für "gute Sittenaufsicht" zu sorgen.⁹⁵
- ◆ Staatliche Beamte sollen den Arbeitern bei Werkstattbesuchen neue Produktionsmethoden nahebringen.⁹⁶
- ◆ Schließlich sei es Aufgabe des Staates, eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den Gewerben und die Einhaltung der Abgrenzung von Tätigkeitsfeldern herbeizuführen.⁹⁷

Das alles hat mit Gewerbefreiheit im Sinne Hardenbergs und dem Denken in Wettbewerbskategorien nichts zu tun, sondern setzt den Staat an die Stelle der Zünfte. Ziel ist der weitgehende Erhalt gegebener Strukturen und die Verhinderung von marktinduziertem Strukturwandel, zumindest im produzierenden Gewerbe. Wirtschaftliche Modernisierung und Strukturwandel erscheinen allenfalls als vorsichtige, staatlich überwachte Veranstaltung akzeptabel. Damit reiht sich Rau in die starke Front der Reformgegner ein. Und daß seine keineswegs originelle Schrift 1816 preisgekrönt wurde, spricht für das Interesse auch wissenschaftlich interessierter bzw. gebildeter Kreise am Erhalt des Status-Quo.

Schließlich zeigte sich in dem Globalisierungs-Diskurs der Jahre 1807-1820 bereits ebenfalls die Eigenschaft, daß grundsätzliche Fragen der Gesellschaftsgestaltung und der leitenden

⁹¹ Rau: Über das Zunftwesen, S. 146.

⁹² Rau: Über das Zunftwesen, S. 157.

⁹³ Rau: Über das Zunftwesen, S. 159.

⁹⁴ Rau: Über das Zunftwesen, S. 163.

⁹⁵ Rau: Über das Zunftwesen, S. 164.

⁹⁶ Rau: Über das Zunftwesen, S. 165.

Werte aufgeworfen werden. Besonders eindringlich führte das die erwähnte Denkschrift Drackes 1818 vor. Dracke geht von einem "Hauptcharakter" der deutschen Völker aus: "Liebe zum Vaterlande, Liebe zu alten Gewohnheiten, Verehrung und unerschütterliche Anhänglichkeit am angeborenen Regentenhause."⁹⁸ Dieser Hauptcharakter sei durch die Gewerbefreiheit in höchstem Maße gefährdet, deshalb der Wunsch: "Laßt uns unseren Nationalcharakter, laßt uns unsere Originalität, gebt uns unsere alten Gewohnheiten wieder, bei denen wir glücklich waren, schafft die Gewerbefreiheit ab, sie paßt nicht für uns."⁹⁹ Vielmehr sei durch die Einführung der Gewerbefreiheit "das bürgerliche Verhältniß und damit zugleich das allgemeine äußerst gelockert".¹⁰⁰ Ein Sittenverfall habe in großem Stil eingesetzt, das Wertegerüst der Gesellschaft sei bedroht: "Liederlichkeiten, Vernachlässigung im Besuch der Kirchen reißen ein (...), keiner giebt sich mehr die Mühe, das, was er lernen soll, tüchtig und gehörig zu erlernen. (...) Treue, Folgsamkeit, Bescheidenheit und Ausbildung werden fremd, der Gewerbefleiß wird zur Gemeinheit, der Kunstsinn zur Puscherei, (...); der etablierte Gewerksmann, der nicht mit Sicherheit und unbeeinträchtigt sein Gewerbe führen kann, legt sich daher nicht auf gute Arbeit, sondern studirt auf Betrug und Täuschung aller Art."¹⁰¹

Diesem angeblich innerhalb von nur 8 Jahren schon eingetretenen Sittenverfall wird, ganz wie in späteren Globalisierungs-Diskursen üblich, ein im wesentlichen imaginiertes und von den tatsächlichen Verhältnissen kaum abgedeckter Idealzustand in der Vergangenheit entgegeng gehalten, der wiederhergestellt werden müsse. Für Dracke und andere Reformgegner gilt als sicher, daß vor Einführung der Gewerbefreiheit "die Existenz eines Jeden, der Erwerb und die Erhaltung der Familien sicherer begründet war, mehr innerer Wohlstand überall herrschte, bessere, strengere Sitten und Betragen zwischen Brothern und Diener, zwischen Lehrhern und Lernenden walteten, unbedingter die Befehle der vollziehenden Gewalt befolgt und allgemeiner und größer die Achtung gegen- und untereinander war."¹⁰² Die Meister bemühten sich eifrig um niedrige Preise und Qualitätssteigerungen der Produkte, um sittlichen Lebenswandel der Zunftgenossen und "hielten darauf, daß Treue und Ehrlichkeit stets beobachtet und die Ehre des Handwerks nicht gefährdet werde."¹⁰³ Dieser Appell an die Erhaltung oder gegebenenfalls Wiedergewinnung der "alten Werte" bewirkte damals wie heute in starkem

⁹⁷ Rau: Über das Zunftwesen, S. 171.

⁹⁸ Denkschrift Dracke, S. 171.

⁹⁹ Denkschrift Dracke, S. 172.

¹⁰⁰ Denkschrift Dracke, S. 173.

¹⁰¹ Ebda.

¹⁰² Denkschrift Dracke, S. 172.

¹⁰³ Denkschrift Dracke, S. 173.

Maße den emotionalen Überschuß des Globalisierungs-Diskurses. Der König nahm in seiner Replik auf Dracke viele der Argumente auf, durch die vor allem die Petitionen und Beschwerden der Handwerker und Städte gekennzeichnet waren. Deshalb wurde Drackes Denkschrift "nach Einholung mehrerer Gutachten, am 14. März 1822 dem Minister von Bülow zur Benutzung bei den weiteren Beratungen über eine Gewerbepolizeiordnung zugefertigt".¹⁰⁴

Beispielhaft für den Wertebezug in der hier als Globalisierungs-Diskurs gedeuteten Debatte um die Preußischen Reformen auch die erregten Stellungnahmen des Junkers von der Marwitz. Der Versuch, durch die Gewerbereformen vermehrte Staatseinnahmen zu schaffen, sei zum Scheitern verurteilt, weil u. a. die Sicherheit vor Konkurrenz von außen fehle. "Das eitle Streben nach bloßem Gelde wird sich auch hier, wie immer, selbst bestrafen und vernichten."¹⁰⁵ Die neue Administration bestehe aus "jungen Fremdlingen"¹⁰⁶, deren Experimente nur Unheil brächten. Ihre Theorien (Adam Smith!) gründeten auf "Willkür" und "das Bedürfnis des Augenblicks" mit einer Tendenz zur "Gleichmachung d. Stände".¹⁰⁷ Gefördert werde die Geldwirtschaft, damit das Unbeständige. Die größte Gefahr im Hinblick auf die durch die Agrarreformen angestrebte Mobilisierung des Bodens sieht v. d. Marwitz jedoch in der Begünstigung der Juden. Diese Heuchler und "notwendigen Feinde eines jeden bestehenden Staates (...) haben die Masse des baren Geldes in Händen; sobald also das Grundeigentum so in seinem Werte gesunken sein wird, daß es für sie mit Vorteil zu acquiriren ist, wird es sogleich in ihre Hände übergehen, sie werden als Grundbesitzer die Hauptrepräsentanten des Staates und so unser *altes ehrwürdiges Brandenburg-Preußen ein neumodischer Judenstaat*".¹⁰⁸ Hier und an anderer Stelle werden die hergebrachte Sozialordnung und die "alten Werte" beschworen, und das in hoher Erregung. Die Ausfälle gegen die Juden veranlaßten übrigens Hardenberg zu folgenden handschriftlichen Randnotizen: "Diese ganze Tirade ist ebenso ungerecht als unpassend" und "Es bedarf keiner Bemerkung zu den nebenstehenden höchst unschicklichen Äußerungen".

¹⁰⁴ Waentig, H.: Die gewerbepolitischen Anschauungen in Wissenschaft und Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts. In: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert. Gustav Schmoller zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages (...). T. 2, Leipzig 1908, S. 15.

¹⁰⁵ Marwitz, F. A. L. von der: Letzte Vorstellung der Stände des Lebusischen Kreises an den König (...) [von 1811; R. S.]. In: Meusel, F. (Hg.): Friedrich August Ludwig von der Marwitz. Bd. 2, 2. T., Berlin 1913, S. 19.

¹⁰⁶ Marwitz: Letzte Vorstellung, S. 18.

¹⁰⁷ Marwitz: Letzte Vorstellung, S. 19.

¹⁰⁸ Marwitz: Letzte Vorstellung, S. 20f. Hervorhebungen im Original.

Abschließende Thesen

Globalisierungs-Diskurse stellen typischerweise eine Reaktion auf beschleunigten sozio-ökonomischen Strukturwandel dar. Da solche Krisenphasen und die mit ihnen verbundenen Globalisierungs-Diskurse in langfristiger Betrachtung immer wieder auftreten, kann mit Bezug auf sie auch von Strukturzyklen (Bornschiefer) gesprochen werden. Die Rede von Strukturzyklen impliziert, daß sich strukturelle Analogien in unregelmäßigen Zeitabständen wiederholen. Im Fall der Globalisierungs-Diskurse drängt sich diese Sichtweise insofern auf, als sie seit rund zwei Jahrhunderten durch die stets erneute Konfrontation des merkantilistisch-etatistischen Regeltyps mit dem liberalen-marktorientierten charakterisiert werden: mal dominiert in den Diskursen der eine, mal der andere Typ, aber stets sind beide als extreme Alternativen präsent.

Die Krisen, auf die mit intensivierten Globalisierungs-Diskursen reagiert wird, erweisen sich überwiegend als solche der Systemtransformation, in deren Mittelpunkt die Herausbildung eines neuen Wirtschaftssystems steht. Als Wirtschaftssystem soll gelten (in Anlehnung an Lampert) die Gesamtheit der tatsächlich existierenden Normen und Institutionen, die das wirtschaftliche Handeln in einer Gesellschaft und die Beziehungen zwischen den wirtschaftenden Einheiten regulieren. Die Wirtschaftsordnung wäre demgegenüber die idealtypische Zusammenfassung bestimmter regulierender Normen.

Um den behaupteten Zusammenhang mit Prozessen der Systemtransformation besser nachvollziehen zu können, ist es sinnvoll, zwei Phasen zu unterscheiden:¹⁰⁹ 1. Systemkonstituierung. D. h. die Herausbildung vor allem der formgebundenen Institutionen (von Menschen bewußt gestaltete und überwiegend schriftlich fixierte systemkonstituierende Regeln), auch als formelle Beschränkungen bezeichnet; 2. Systemkonditionierung, womit die Internalisierung der systemkonstituierenden Normen durch die Wirtschaftssubjekte und deren Umsetzung in alltägliches wirtschaftendes Handeln gemeint ist, dabei erfolgen ggf. Abwandlungen bzw. Anpassungen. Die Systemkonditionierungsphase umfaßt demnach "den Zeitraum zwischen der abgeschlossenen Implementierung des formalen Institutionenrahmens und dem Zeitpunkt, zu dem die formlosen Institutionen [Sitten, Gebräuche, Traditionen, ideologische und religiö-

¹⁰⁹ Vgl. Schwerin, J.: Wachstumsdynamik in Transformationsökonomien. Strukturähnlichkeiten seit der Industriellen Revolution und ihre Bedeutung für Theorie und Politik. Köln usw. 2001, S. 5-8.

se Überzeugungen, Tabus, R. S.] mit den formgebundenen in eine hinreichende Übereinstimmung gebracht sind".¹¹⁰

Typischerweise dauert die Systemkonditionierungsphase mehrere Jahrzehnte; ihr erfolgreicher Abschluß ist an die Erfahrung zufriedenstellender Gratifikation der politisch bedeutsamen Gesellschaftsgruppen durch das neue Wirtschaftssystem gebunden. Betrachtet man die hier untersuchten Phasen intensivierter Globalisierungs-Diskurse, ist erkennbar, daß sie meist mit Problemen der Konstituierung eines neuen Wirtschaftssystems zusammenhängen, vor allem aber mit wachsender Unzufriedenheit einflußreicher Gruppen angesichts des Anpassungsdrucks der anschließenden Systemkonditionierung.

Borchardt vertritt in diesem Zusammenhang die im Grunde schon 1901 von Brentano formulierte und oben zitierte These, daß diejenigen Gruppen, die "durch internationalen Wettbewerb und die dadurch ausgelösten Veränderungen der Produktionsstrukturen geschädigt werden, (...) ihr Schicksal nicht einfach hinnehmen" müssen, wenn "sie mächtig genug sind, sich den Folgen wachsenden internationalen Wettbewerbs zu widersetzen."¹¹¹ Er belegt das mit Verweisen, u. a. auf den wachsenden Protektionismus im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert sowie die oben dargestellte Agrarstaat-Industriestaat-Debatte. Allerdings wird dabei ein wichtiger Aspekt der Globalisierungs-Diskurse übersehen, die hier betonte dritte Ebene, die Auseinandersetzung auf der Werteebene. Auffällig daran ist m. E., daß sich auf dieser Ebene, die den Diskurs ja so stark emotionalisiert, weniger die durch den drohenden oder stattfindenden Strukturwandel Geschädigten zu Wort melden. Vielmehr sind es vor allem selbsternannte Advokaten dieser oft nur vermeintlich Bedrohten oder Geschädigten, die aus meist ungeklärtem eigenem Interesse und andererseits lautstark vorgetragener eigener Überzeugung vehement in den Diskurs eingreifen und ihn ideologisieren. Sie machen, wie im Beispiel des schließlich gewalttätig gewordenen aktuellen Globalisierungs-Diskurses gut erkennbar, die Auseinandersetzungen so verworren und verhärten die Fronten. Rationale Problemlösungen, vor allem Kompromisse, werden auf diese Weise nahezu verunmöglicht. Imaginierte Idyllen - die um Treue und Redlichkeit bemühte Handwerker-gesellschaft (Dracke, Rau), der auf Ehrlichkeit, Charakterstärke und Familiensinn gegründete Agrarstaat (Sering, Wagner) oder der Gerechtigkeit und allgemeine Wohlfahrt sichernde Sozialstaat (Lafontaine, Nürnberger) -

¹¹⁰ Schwerin: Wachstumodynamik, S. 7.

¹¹¹ Borchardt, K.: Globalisierung in historischer Perspektive. München 2001 (Bayerische Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist. Klasse, Sitzungsberichte, Jg. 2001, H. 2), S. 30f.

lassen sich wahrscheinlich auf lange Sicht gar nicht, zumindest nicht durch eine spezifische Ausgestaltung des Außenhandelsregimes garantieren.

Letztlich handelt es sich bei den in Globalisierungs-Diskursen seit nun schon zweihundert Jahren auf der Wertebene geäußerten Argumenten um fundamentalistische Reaktionen. Um diese zu vermeiden, plädiert Borchardt bei besonders heftigem Strukturwandel für "mäßig-protektionistische Maßnahmen".¹¹² Im übrigen werde Globalisierung dadurch möglicherweise nicht behindert, sondern im Gegenteil gefördert, nämlich sozial verträglich gemacht. Dies Rezept erscheint verlockend, da es soziale Widerstände gegen Globalisierung zu entschärfen verspricht, ohne auf die Vorteile des weitgehend ungehinderten weltweiten Güter- und Leistungsaustauschs verzichten zu müssen. Tatsächlich ist es jedoch in hohem Maße problematisch, denn es gibt kein Kriterium dafür, bis zu welchem Grade Protektionismus nützlich ist und ab wann er schädlich wirkt. Vor allem wird das Bekenntnis zu einem schutzzöllnerischen Regime typischerweise als eine Aufforderung an organisierte Interessengruppen verstanden, von der Regierung immer neue und weitergehende "Schutzmaßnahmen" einzufordern. Das von Borchardt als positives historisches Beispiel herangezogene späte Kaiserreich ist genau durch diesen sich ständig steigernden Protektionismus gekennzeichnet, der selbst einigen Vertretern des Schutzzolls zu weit ging.

So beklagte der überzeugte Schutzzöllner Schmoller in den Debatten des *Vereins für Socialpolitik* 1901, "daß die Regierung doch wohl gegenüber den Hauptinteressenten an solchen Zöllen zu nachgiebig gewesen sei, (...), daß ein großer Teil der eigentlichen leitenden Beamten in eine blinde Verherrlichung des gleichmäßigen Schutzzolles für alle Zweige der nationalen Produktion hineingekommen sei, (...). Die Vermehrung der Tarifpositionen war wohl nötig; ob aber die Steigerung bis auf fast 1000 einzelne Sätze nötig war, ist mir zweifelhaft."¹¹³ Das bringt die Probleme einer derartigen Politik auf den Punkt: Sie stellt einen Anreiz für die Interessengruppen zu weitergehenden Forderungen dar und beinhaltet keinen Maßstab für deren Begrenzung. Der von dieser Entwicklung, die er im Grundsatz bejahte, schließlich enttäuschte Schmoller fühlte sich in der Debatte gehalten, von einem "Neomerkantilismus" zu sprechen, der eine gefährliche Irrationalität der Außenhandelspolitik begünstige: "So ist die neue Schutzzollära, der Neomerkantilismus, entstanden, nicht weil die Theoretiker und Staatsmänner unfähig waren, die schönen Argumente des Freihandels zu verstehen, (...), son-

¹¹² Vgl. Borchardt: Globalisierung, S. 31.

dern sie entspringt aus dem mehr instinktiv gefühlten, als klar verstandenen Motive, daß in den Zöllen ein internationales Machtmittel liege, das, geschickt benützt, dem eigenen Lande nützen könne."¹¹⁴

Auch in einem anderen Punkt ist das Borchardtsche Rezept abzulehnen. Die von ihm unterstellte Förderung der Globalisierung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert durch protektionistische Maßnahmen halte ich für eine Fehlinterpretation der tatsächlichen Verhältnisse. Nicht der weltweit zunehmende Protektionismus der damaligen Zeit hat die Globalisierung gefördert, sondern er konnte die durch starke Wachstumskräfte vorangetriebene Globalisierung nicht ernsthaft aufhalten. Als aber nach dem Ersten Weltkrieg diese Wachstumskräfte erlahmten, führte die weitere Steigerung protektionistischer Politik zu einem erheblichen Rückgang des Welthandels und schließlich zu einem Auseinanderbrechen des Weltmarkts. Erwähnt sei auch die durchaus mögliche Interpretation, die Schutzzollpolitik des deutschen Kaiserreichs sei integrales Element seiner Gesellschaftskrise gewesen. Diese wurde dadurch bis in den mehr und mehr von den Zeitgenossen als unausweichlich empfundenen Ersten Weltkrieg perpetuiert. So gesehen, gehörte die Schutzzollpolitik zu den Vorbedingungen des Ersten Weltkriegs - ein in meinen Augen eindeutig allzu hoher Preis für die Vermeidung offener gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um die Konsequenzen eines liberaleren Außenhandelsregimes.

Petzina hat die deutschen und europäischen Erfahrungen mit unterschiedlichen Reaktionen auf Globalisierungstendenzen während der letzten 100-120 Jahre prägnant zusammengefaßt: "Liberalität und Öffnung nach innen und außen waren Garanten des Wohlstandes und friedlichen Miteinanders, Abschließung und Autarkie bedeuteten Konflikte und Wohlstandsverluste. Es war Tragik und Chance deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert, beide Alternativen erprobt zu haben."¹¹⁵

¹¹³ Schmoller, G.: Debattenbeitrag. In: Wirkung der gegenwärtigen und Ziele der künftigen Handelspolitik, Schriften des Vereins (...), Bd. 98, 1902, S. 267.

¹¹⁴ Ebda., S. 270.

¹¹⁵ Petzina, D.: Isolation und Öffnung. Zwischen National- und Weltwirtschaft. In: Spree (Hg.): Geschichte der deutschen Wirtschaft, S. 116.